

An die
 Vorsitzende des
 Ausschuss für Umwelt und Grün
 Dr. Sabine Müller

Rathaus · 50667 Köln
 Fon 0221. 221-23830
 Fax 0221. 221-23833
 fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Herrn
 Oberbürgermeister
 Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 04.03.2013

AN/0298/2013

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|-------------------------------|-------------------|
| Ausschuss für Umwelt und Grün | 18.04.2013 |

Waldklimafonds der Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die FDP-Fraktion bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Umweltausschusses zu setzen:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Ziel der Bundesregierung und der Stadt Köln ist es deswegen, die klimaschädlichen Treibhausgase deutlich zu senken. Wälder machen ca. ein Drittel der Fläche Deutschlands aus und sind auf vielfältige Weise in das Klimageschehen eingebunden. Ein Waldklimafonds soll Maßnahmen möglich machen, die der Anpassung der Wälder an den Klimawandel dienen und die Nutz-, Schutz und Erholungsfunktionen der Wälder sichern und weiter ausbauen. Der Fonds läuft unter gemeinsamer Federführung des Bundeslandwirtschafts- (BMELV) und des Bundesumweltministeriums (BMU).

Maßnahmen sollen in den folgenden Schwerpunkten gefördert werden:
 Anpassung der Wälder an den Klimawandel, Sicherung der Kohlenstoffspeicherung und Erhöhung der CO₂-Bindung von Wäldern, Erhöhung des Holzproduktspeichers sowie der CO₂-Minderung und Substitution durch Holzprodukte, Forschung und Monitoring und Information und Kommunikation.

Damit verfolgt der Fonds vergleichbare Ziele wie das „Waldlabor“ im Kölner Westen sie als Gemeinschaftsprojekt von Toyota, RheinEnergie, Universität Köln und der Stadt Köln schon seit einigen Jahren verfolgt. Insbesondere die Frage nach den für zunehmend warme und trockene Städte optimalen Bäumen beschäftigt seit einiger Zeit die Gartenamtsleiterkonferenz. Die Kölner Presse berichtete am 21. Februar 2013 über entsprechende Forschungsvorhaben der Bayrischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau.

Die Stadt und der Stadtwald sind dabei ein besonderes Biotop, das sich nicht homogen in die natürliche Vegetation der rheinischen Bucht fügt. Es gibt eine Co-Evolution von Biosphäre und Technosphäre. Über die oben genannten klimapolitischen Ziele haben die Menschen in Köln daher ein Interesse an robustem, angepasstem und gepflegtem Stadtgrün, weil es Lärm und Feinstaub absorbiert, die Luft befeuchtet und kühlt, Schatten spendet, bei richtiger Pflege nicht verdunkelt und im Innenbereich Teil der Stadtarchitektur ist.

Im Jahr 2013 sind im Waldklimafonds Mittel in Höhe von 28 Millionen Euro sowie ab 2014 jährlich 24,5 Millionen Euro vorgesehen. Anträge auf Gewährung einer Mittelzuwendung sind beim Projektträger zu stellen. Dieser wird voraussichtlich bis Sommer 2013 beauftragt. Im Anschluss kann die Förderung aus dem Waldklimafonds starten. Bis dahin können die Städte und Gemeinde die Zeit nutzen, Projektanträge vorzubereiten, die dann beim Projektträger eingereicht werden können.

In diesem Zusammenhang bittet die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln um Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwieweit überlappen die Ziele des Waldklimafonds mit denen des Kölner Waldlabors?
2. Erlauben Laufzeit und heutiger Umfang des Waldlabors schon Abschätzungen darüber, welche die bestgeeigneten Baumarten für Köln im Klimawandel sein können?
3. Inwieweit trifft die von den Medien verbreitete Ansicht zu, dass in dem Kölner Waldlabor noch bis zu 3000 Bäume fehlen, um als Forschungsziel die Resistenz von Baumarten gegen Trockenheit bewerten zu können?
4. Inwiefern ist die Stadt Köln an der Finanzierung des Waldlabors selbst oder über Ressourcen stadteigener Gesellschaften beteiligt?
5. Beabsichtigt die Verwaltung die Beantragung von Mitteln für dieses Projekt des Waldlabors aus dem Waldklimafonds der Bundesregierung?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer

gez. Dr. Rolf Albach
Umweltpolitischer Sprecher